

Schauen wir
nach vorn.

Freie
Demokraten

Stadtverband
Bendorf **FDP**



Staatssekretärin Daniela Schmitt zu Besuch in Bendorf



Bild im Schloss Sayn von links:

Karl-Otto Hahn, Daniel Lemke, Karin Plank-Dietz, S.D. Alexander Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Sayn, Daniela Schmitt, Herbert Speyerer, Prinz Casimir, Günther Bomm

FDP-Stadtverband

Vorsitzender Günther Bomm · An der Rothen Mühle 10 · 56170 Bendorf
Fon 02622-4964 · mobil 0177-7 000 918 · Email bomm@fdp-bendorf.de

Bank:

FDP Stadtverband Bendorf · IBAN DE69 5705 0120 0023 0026 86 · SWIFT-BIC MALADE51KOB



Die Staatssekretärin im Mainzer Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Daniela Schmitt, besuchte auf Einladung des FDP-Ortsverbandes die Stadt Bendorf. Gegenstand der Gespräche, an denen die hiesigen Parteifreunde mit ihrem Vorsitzenden Günther Bomm teilnahmen, war die Umsetzung des vom Stadtrat vor kurzem beschlossenen Tourismuskonzepts.

Gelegenheit zur Erläuterung bot dabei der Empfang im Sayner Schloss durch Fürst Alexander und dessen Sohn Casimir. Das Areal Sayner Hütte, eine noch zu planende fußläufige Verbindung zum Schlosspark mit dem Garten der lebenden Schmetterlinge, Schloss mit Eisenkunstgussmuseum und Burg, Hein´s Mühle, die im Patronat des Landes stehende Abteikirche, der Kletterpark, das Pfadfinderlager im Brexbachtal, der Rhein- und der Saynsteig, der Limes, das Freibad sowie eine noch zu definierende Nutzung der Brexbachtalbahn bieten einen idealen Grundstock für die beabsichtigte Bewerbung einer Landesgartenschau 2026. Die Wiederherstellung der Freitreppe vom Schloss zum Schlosspark, zu der sich das Land vertraglich verpflichtet hat, würde dann auch zahlreiche Parkplätze für Besucher ermöglichen.

Im Anschluss an die Besichtigung empfing Bürgermeister Michael Kessler Staatssekretärin Schmitt im Rathaus und erläuterte das Tourismuskonzept mit dem Ziel einer Bewerbung für die Landesgartenschau. Herr Prümm übergab als Wirtschaftsförderer hierzu eine reich bebilderte Zusammenstellung der bereits auf dichtem Raum vorhandenen touristischen „Highlights“, geprägt durch Nachhaltigkeit. Barrierefreiheit und Einzigartigkeit sowie ein breites Angebot für unterschiedliche Altersgruppen. Der Eintrag ins sog. „Goldene Buch“ beendete den Besuch der sichtlich positiv beeindruckten Staatssekretärin, die für den Bereich „Tourismus“ zuständig ist. Sie lobte das engagierte kommunalpolitische Engagement der Ehrenamtlichen in den zahlreichen Fördervereinen und sagte eine kontinuierliche Dialogbereitschaft zu, voraussichtlich verbunden mit einem weiteren Besuch im kommenden Jahr.



Eintrag ins Goldene Buch der Stadt Bendorf mit Bürgermeister Michael Kessler

Bild beim Eintrag ins Goldene Buch:



Bild im Rathaussaal:

Im Rathaussaal von links, Werner Prümm, Karin Plank-Dietz, Daniel Lemke, Günther



Bomm, Daniela Schmitt, Herbert Speyerer, Michael Kessler (BM), Karl-Otto Hahn.

Kommentar von Thilo Schneider auf Facebook

„Jeder hasst die FDP“

Es hätte so schön sein können. Alle hatten sich das vorgenommen. Angela Merkel und ihr Beifallklatschverein, Horst Seehofer, der schielende Löwe Lawrence aus München, der Cem, die Karin, die Claudia und der Jürgen aus dem Freundeskreis für biologisch abbaubare Fluchtrouten und natürlich die Medien, die so gerne eine lustige Jamaika-Koalition mit viel Gesprächs- und Schreibstoff für die nächsten 4 Jahre gehabt hätten.

Hui, was wäre das für ein Spaß geworden. Christian Lindner und Nikola Beer hätten als Minister für Irgendwas in Dienstwagen herumfahren und sich selbstverständlich dafür beschimpfen lassen dürfen, die anderen Koalitionäre hätten so ein wenig vor sich hinregiert. Mit „atmenden Obergrenzen“ und der „Einhaltung der Klimaziele“ durch den Radikalabbau der Industrie. Physik und Biologie wären endlich politisch verhandelbar geworden und Vögel mit drittem Geschlecht hätten als Hühnerhack und Gänseklein weiter malerisch vor Windkraftträgern herumgelungert. Die SPD hätte das Ganze unter dem großen KakaMaSchu vom Seitenaus kommentiert und außerdem immer als Erste die AfD im Bundestag scheiße finden dürfen.

Und über all dem schwebend der gute Geist der segnenden Mutter Merkel, die eine direkte Geld-Pipeline aus dem Finanzministerium nach Brüssel verlegt hätte, weil doch sonst die Franzosen traurig gewesen wären. Dazwischen und immer wieder unspannende Bundestagsdebatten, wenn Özdemir, Künast und Roth schwarz-grüne Politik gegen die elenden AfD-Abgeordnete verteidigen und Lindner das unter körperlichen Schmerzen auch tun muss, weil er doch einen Dienstwagen bekommen hat. Deutschland als Einhornrepublik der Gut- und Mutwilligen.

Und ja, ich gebe gerne zu: ich hätte gerne gesehen, wie Siemens, RWE oder E-on Tausende von Arbeitern in der Kohle- und Kraftwerksindustrie wegen der Jamaika-Politik auf die Straße setzen und sich dann für die Konsequenzen aus der schwarz-grünen Energiepolitik von genau den gleichen Leuten hätten anmachen lassen dürfen, die den Abbau durch ihre Politik überhaupt erst verschuldet haben. Ich hätte sehr gelacht. Schade.

All das hätte funktioniert, wenn die blöde FDP mitgespielt hätte. Hat sie nicht. Was natürlich eine Unverschämtheit ist. Denn erstens war bereits um drei Minuten nach Sechs klar, dass „sich der Wähler für eine Jamaika-Koalition ausgesprochen hat“, weil er den größten Kanzlerkandidaten aller Zeiten nicht zum Generalsekretär Deutschlands gewählt hat und der aus Trotz nebst „Fresse schlagendem“-Tross beleidigt in die Umkleide geflüchtet ist, zweitens weil es sonst nicht zum Durchregieren Unser Aller Bundesmutter langt und drittens „überhaupt“ und viertens generell „weil“.

Es ist verständlich, dass da die Enttäuschung groß ist. Da freut man sich in den Häusern der Leichtmedien und öffentlich-redlichen Sendeanstalten auf ein munteres Kunterbunt in schwarz-gelb-grün, hat schon die Bleistifte gespitzt, auf denen für die FDP das Wort „Umfaller“ im Markennamen steht, vielleicht sogar schon die ersten Artikel a lá „Lindner gibt klein bei“ oder „FDP – nichts dazu gelernt“ oder, drastischer, „DER UMFALLER“ in der Schublade gehabt, und dann machen die Liberalen nicht mit. Wo doch jeder weiß, dass Sondierungen nur Theater sind, weil es ja danach sowieso eine Koalition gibt. Unverschämtheit..

Die ganze Arbeit umsonst. Kabarettisten, die auf Jahre hinaus nicht auf die „Lobbypartei in der Regierung“ schimpfen können. Sauerei!

„Verantwortung für das Land“ bedeutet für jede Partei, dass sie wenigstens Teile ihres Programmes umsetzen kann, denn dafür wurde sie gewählt. Von unterschiedlichen Bürgern mit unterschiedlichen



Vorstellungen, wie die Zukunft eines Landes gestaltet werden kann. Und wenn eine Partei nicht in der Lage ist, wenigstens Teile ihrer Vorstellungen umzusetzen, dann hat sie in einer Regierung schlicht auch nichts verloren. Klingt simpel, ist aber so. Klar werden dann Deals ausgehandelt – wer wüsste das besser als die Grünen, die in den ersten Krieg seit dem Zweiten Weltkrieg zogen? Nur, wenn es nicht einmal derartige Deals gibt, ganz im Gegenteil nicht nur gegen politische Grundsätze, sondern sogar gegen die Physik und jegliche Logik verstoßen werden soll: was anderes als ein Steigbügelhalter wäre dann eine Partei? Im speziellen Fall die FDP? Ich persönlich habe niemanden getroffen, der die FDP gewählt hat, weil er Claudia Roth, Jürgen Trittin oder den Familiennachzug subsidiär Bleibeberechtigter so endgeil findet.

Der Schritt der FDP, aus den Sondierungen auszusteigen, war notwendig und richtig. Getobe und Geschrei hätte es so oder so gegeben. Aber Getobe und Geschrei wegen einer – auch charakterlich richtigen – Entscheidung sind mir persönlich allemal lieber, als den Wählern der FDP in vier Jahren erklären zu müssen, warum wir Kohleausstieg, Familiennachzug und Beibehaltung des Solidaritätszuschlages zugestimmt haben. Wir lassen uns nicht (mehr) kaufen

Einladung zur gemeinsamen Weihnachtsfeier von Bendorf, Vallendar und Weißenthurm am 9. Dezember 2017

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

lassen Sie uns bei einem gemeinsamen Weihnachtsessen das Jahr ausklingen. Nach all dem Stress und der Hektik vor und nach den Bundestagswahlen und den vielen Terminen, die wir zusammen durchgestanden haben, möchten wir in aller Ruhe einen schönen Abend verbringen, bei dem ausnahmsweise nicht politische Angelegenheiten im Mittelpunkt stehen sollen. Vielmehr sollten wir die Gelegenheit nutzen, uns auch über private Themen auszutauschen. Natürlich wird für das leibliche Wohl gesorgt – wir können à la carte unser Essen bestellen. Wir würden uns sehr freuen, Sie mit Partner/ Partnerin an diesem Abend begrüßen zu können.

Daher laden die Ortsverbänden hierzu recht herzlich ein:
Termin: **Samstag, der 09. Dezember um 19:00 Uhr**

Ihre Vorsitzenden
Günther Bomm Daniel Schneider Gerhard Gareis
Eine Anmeldung ist diesmal nicht erforderlich

Wüstenhof GmbH
Wüstenhof 1
D-56191 Weitersburg
Öffnungszeiten
Mittwoch - Freitag 14:00 - 23:00
Samstag 12:00 - 23:00 | Sonntag 11:00 - 23:00
Unsere Küche ist jeweils bis 21.00 Uhr geöffnet.



Rundschreiben von Dr. Volker Wissing

Wir übernehmen Verantwortung!

Liebe Parteifreundinnen und -freunde,
nach Wochen intensiver Sondierungen mit Union und Grünen hat sich die FDP entschlossen, die Gespräche abzubauen. Diese Entscheidung habe ich als Präsidiumsmitglied aus voller Überzeugung unterstützt. Gescheitert waren die Gespräche in Berlin nicht an der FDP, sondern an einer Bundeskanzlerin, die nicht bereit war, sich auf konkrete Inhalte mit uns einzulassen. Es sollten unverbindliche und allgemeine Vereinbarungen getroffen und die wesentlichen Fragen im Laufe des Regierungshandelns geklärt werden. Darauf konnten und wollten wir uns nicht einlassen. Wir sind nicht dafür gewählt worden, der Bundeskanzlerin eine Mehrheit zu verschaffen, sondern dafür, unsere Inhalte umzusetzen, für die wir geworben haben und für die wir das Vertrauen unserer Wählerinnen und Wähler erhalten haben.



Die Regierungsbildung in Berlin ist nicht wegen der FDP so schwierig geworden, sondern weil die Bundeskanzlerin ein unlösbares Problem darstellt: alle ihre bisherigen Koalitionen seit 2005 wurden vom Volk abgewählt, sie selbst blieb aber immer im Amt und hat im Wesentlichen so weiter regiert wie zuvor. Das war auch ihre Vorstellung für die nächsten vier Jahre.

Die FDP ist offen und konstruktiv in die Gespräche gegangen. Wir wollten etwas verändern. Unter der Leitung der CDU-Vorsitzenden, Angela Merkel, wurden aber zentrale Fragen, wie die Finanz-, Energie-, Klima-, Verkehrs- und Europapolitik im Laufe der Sondierungswochen nicht wirklich geklärt, sondern immer weiter vertagt. Angela Merkel ließ in 12 Arbeitsgruppen über 200 Konflikte dokumentieren, von denen am Ende trotz endloser Diskussionen kaum ein einziger aufzulösen war. Die Sondierungen waren gescheitert.

Die FDP war in vielen Punkten zu Kompromissen bereit. Uns war bewusst, dass wir die Politik einer sogenannten Jamaikakoalition nicht alleine bestimmen können. Aus diesem Grund haben wir in einigen Politikfeldern Kompromissbereitschaft signalisiert. Einige zentrale Forderungen haben wir in den Mittelpunkt unserer Gespräche gestellt, darunter die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Das Auslaufen der Sonderabgabe ist nach Abschluss des Aufbaus Ost schon aus verfassungsrechtlichen Gründen geboten. Wir hatten aber auch andere Gründe für diese Forderung. Das gesamtstaatliche Steueraufkommen steigt von 452 Mrd. im Jahr 2005 auf 852 Mrd. im Jahr 2021. Dieser Anstieg um 400 Mrd. verdeutlicht, dass unsere Forderung nicht überzogen und in der Sache gut begründet war. Die Abschaffung des Soli reduziert das Steueraufkommen um 20 Mrd. und verhindert weiter steigende Ausgaben.

Zu keinem Zeitpunkt der Gespräche war die Union bereit, uns hinsichtlich der vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags entgegen zu kommen. Die letzten Gespräche am 19.11.2017 zeigten keinerlei Bewegung von Union und Grünen in dieser Frage. Gegenteilige Äußerungen in der Öffentlichkeit, die nach Abbruch der Sondierungen zu hören waren, entsprechen nicht der Wahrheit.

Von der FDP wurde erwartet, dass wir in eine Regierung mit Union und Grünen eintreten, dabei die finanzpolitischen Zusagen an unsere Wähler brechen und entgegen unserer Überzeugung handeln. Zusätzlich sollten wir eine ganze Reihe von Forderungen der Grünen im Bereich der Verkehrs- und Energiepolitik akzeptieren, die wir für unseren Wirtschaftsstandort für schädlich erachten. Die Staatsausgaben sollten weiter steigen. Alleine das von den Grünen geforderte Projekt „faire Wärme“ (eine Art staatliche Finanzierung von energetischen Gebäudesanierungen bei gleichzeitigem Verbot von Mieterhöhungen) hätte Mehrausgaben in Höhe von 12 Mrd. bedeutet. Anstatt die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten, erwarteten CDU/CSU und Grüne, dass wir uns an der weiteren Aufblähung des Bundeshaushalts beteiligen. Die Grünen waren nicht bereit, sich weiterhin zur schwarzen Null im Bundeshaushalt zu bekennen.

Sie kennen meine klare Haltung in dieser Frage und wissen, wie sehr sich die Landesregierung in Mainz, unter Beteiligung der FDP, zu einem sparsamen Haushalten und der Schuldenbremse bekennt. Wir bauen dazu 2000 Stellen im öffentlichen Dienst ab. Ich halte es für falsch und unverantwortlich, angesichts der hohen Risiken, welche die Staatsverschuldungskrise in Europa nach wie vor mit sich bringt, im Bund neue Staatsausgaben zu beschließen. Unter diesen Umständen war ich nicht bereit, eine Regierungsbeteiligung der FDP zu unterstützen.

Wir wollten das Steuerrecht gerechter und leistungsfreundlicher gestalten. Wir haben aber erkennen müssen, dass es dafür in einer Koalition mit CDU/CSU und den Grünen keine Mehrheit gibt. Wir wollten den Wildwuchs bei der Bildung begrenzen und länderübergreifende Standards definieren. Auch das wurde abgelehnt. Wir wollten den Zustrom von Flüchtlingen begrenzen und so gestalten, dass wir unserer humanitären Verantwortung gerecht werden, aber gleichzeitig unsere Gesellschaft und unser Land nicht überfordern. Ein Konsens mit CDU/CSU und Grünen war dabei nicht möglich.



In Rheinland-Pfalz haben wir eine Koalition mit SPD und Grünen vereinbart, nicht um der Ministerpräsidentin zu einer Mehrheit für ihre bisherige Politik zu verhelfen, sondern weil wir zentrale Forderungen unserer Partei umsetzen können. Wir wollten den Wildwuchs beim Ausbau der Windenergie beenden und haben dazu neue Regeln durchgesetzt. Wir wollten die Infrastruktur modernisieren und haben erreicht, dass heute die höchsten Summen in der Geschichte des Landes investiert werden. Wir wollen Rheinland-Pfalz durch eine moderne Wirtschaftspolitik zum Gründerland Nr. 1 machen und können das in der Landesregierung systematisch vorantreiben. Wir haben die Wirtschafts-, Verkehrs- und Landwirtschaftspolitik wieder in einem Haus gebündelt und ein starkes Strukturministerium geschaffen, das Investitions- und Wachstumspolitik betreibt.

Es sind die gleichen Gründe, die es uns erlauben, selbstbewusst und erfolgreich in der Landesregierung zu arbeiten, die uns auf Bundesebene einen Regierungseintritt unmöglich machen: Wir sind begeisterte Gestalter, lassen uns aber nicht auf die Rolle der Mehrheitsbeschaffer in Ämtern reduzieren.

Wo wir gestalten können, wie in Rheinland-Pfalz, tun wir das konstruktiv, mit großer Begeisterung und auch mit Leidenschaft. Wo man sich aber unseren Inhalten verweigert, verweigern wir unsere Unterstützung.

Und wie geht es nun weiter? Die größte Fraktion im Bundestag hat den Auftrag, eine Regierung zu bilden. Für ihr Angebot, so weiter zu machen wie bisher, hat die Bundeskanzlerin keine Mehrheit gefunden. Das ist kein Schaden, sondern ein ganz normaler Vorgang in einer lebendigen Demokratie. Wir sind schließlich nicht für den Erfolg der Bundeskanzlerin verantwortlich, sondern für die Vertretung der Menschen, die Vertrauen in uns setzen und uns für eine andere Politik als die der großen Koalition gewählt haben.

Liebe freie Demokraten, wir sind gemeinsam durch schwere Zeiten gegangen. Als Botschafterinnen und Botschafter unserer Partei können wir heute wieder stolz und selbstbewusst sein. Die FDP hat sich nicht nur ein neues Logo gegeben, wie einige spöttisch behauptet haben. Wir haben uns tatsächlich erneuert und uns die Freiheit zurück erarbeitet, politische Inhalte über den verlockenden Duft von Regierungsjahren zu stellen.

Selbstverständlich sind wir jederzeit bereit, Verantwortung für unser Land zu übernehmen. Das war hier in Rheinland-Pfalz so, in Nordrhein-Westfalen, in Schleswig-Holstein und das gilt auch auf Bundesebene. Verantwortung zu übernehmen heißt für uns aber nicht, beliebig zu regieren. Wir hatten den Mut, nein zu sagen. Damit haben wir Verantwortung übernommen und einen Beitrag zur Belebung unserer pluralistischen Demokratie geleistet. Wir haben ein Signal dahingehend gesetzt, dass es wieder einen Unterschied macht, ob eine Regierungskoalition abgewählt wurde oder nicht. Es ist nun an der CDU als stärkster Fraktion, die nötigen Schlüsse daraus zu ziehen. Billige Schuldzuweisungen an andere lösen das Problem nicht.

Wir lieben unser Land und wollen mit unseren Ideen dazu beitragen, es in eine gute Zukunft zu führen. Was wir aber nicht wollen, ist, dass die Menschen das Vertrauen in die Demokratie verlieren, weil sie unabhängig vom Wahlausgang immer die gleiche Politik bekommen. Dank unseres Mutes gibt es nun wieder eine echte Wahlalternative aus der demokratischen Mitte.

Mögen andere uns dafür beschimpfen. Wir bleiben Freie Demokraten!

Mit freundlichen Grüßen
Ihr



Nach dem Ende der Jamaika-Sondierungen blicken die Freien Demokraten nach vorn. Wir wollen Deutschland modernisieren und brauchen neues Denken in der Politik. Die FDP bleibt die liberale Partei der Mitte. Die Freien Demokraten haben gezeigt, dass sie zu ihren [Überzeugungen stehen](#). Fahrverbote müssen verhindert werden. Wir fordern von der Bundesregierung innovative Mobilitätskonzepte und [entschlossenes Handeln](#). Ohne Weiterbildung verlieren viele Arbeitnehmer den Anschluss in einer sich [digitalisierenden Arbeitswelt](#). Die FDP fordert, lebenslanges Lernen durch Fort- und Weiterbildung zu unterstützen.



Die FDP bleibt die liberale Partei der Mitte



Die Freien Demokraten stehen zu ihren Überzeugungen. In den Jamaika-Sondierungen haben sie sich für beste Bildung, eine Entlastung der Mitte, bezahlbare Energie und die Modernisierung der sozialen Sicherungssysteme eingesetzt. Jamaika sei nicht an einem einzelnen Punkt gescheitert, sondern an einer fehlenden gemeinsamen Idee, so FDP-Chef Christian Lindner. Er blickt nach vorne und kündigt an, dass die FDP im Bundestag konstruktiv arbeiten werde. Die FDP werde sich für die Ziele einsetzen, für die sie gewählt wurde. Eines schließt er

aber aus: "Wir werden auf keinen Fall mit AfD und Linkspartei zusammenarbeiten, weil diese Parteien im Widerspruch zu unseren Grundwerten stehen".

Am späten Sonntagabend war für die Freien Demokraten klar: Die Sondierungsgespräche mit CDU, CSU und Grünen haben keine tragfähige Basis. Nach mehr als vier Wochen mussten sie feststellen, dass die notwendigen Kompromisse, die ihrem eigenen Anspruch sowie der Verpflichtung gegenüber ihren Wählern entsprochen hätten, in einer Jamaika-Koalition nicht möglich sind:

Bundesregierung muss Fahrverbote verhindern

Die Zeit drängt. Am 7. Dezember entscheidet sich, ob Deutschland wegen Grenzwertüberschreitungen ein Vertragsverletzungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof droht. Vertreter kommunaler Spitzenverbände, Vertreter aus Bundesministerien und Bundesländern sowie Bürgermeister kamen zum zweiten Dieseltreffen im Kanzleramt zusammen. Bleibt der Gipfel ohne nennenswerte Ergebnisse, drohen Fahrverbote für ältere Dieselfahrzeuge. Beim ersten Dieseltreffen wurde ein Mobilitätsfonds zur Verbesserung der Luftqualität beschlossen, dessen Umsetzung jedoch eher schleppend verläuft. FDP-Chef Christian Lindner erwartet jetzt einen klaren Fahrplan. FDP-Präsidiumsmitglied Frank Sitta warnt davor, den vor Monaten zugesagten Fonds zu einem Bürokratiemonster aufzublähen. In erster Linie fordert er aber: "Die geschäftsführende Bundesregierung muss Fahrverbote in deutschen Städten verhindern."



Denn: "Pendler, Gewerbetreibende und Anwohner sind auf das Auto in der Stadt angewiesen. Sie dürfen nicht die Leidtragenden sein, wenn die Merkel-Regierung den vor Monaten zugesagten Fonds zu einem Bürokratiemonster aufbläht." Sitta lässt aber auch die Automobilindustrie nicht aus der Verantwortung: "Die Branche muss Soft- und notfalls auch Hardware nachrüsten, wenn die Pkw-Kunden nicht die Umwelt-Eigenschaften bekommen, für die sie bezahlt haben." Der FDP-Verkehrspolitiker bekräftigt aber auch die Haltung der Freien Demokraten in Sachen Verbrennungsmotor: "Ein fixes Enddatum für den Verbrennungsmotor oder eine E-Auto-Quote sind der falsche Weg und deshalb abzulehnen." Nach Ansicht der FDP wäre es besser, "den Verkehrssektor in den Europäischen Emissionshandel einzubeziehen und Innovation durch steuerliche Forschungsförderung voranzubringen."

FDP-Chef Christian Lindner betonte in der Passauer Neuen Presse: "Die Bundesregierung sollte jetzt mit Kommunen und Industrie ein großes Paket schnüren, das einen klaren Fahrplan für bessere Luftqualität und die Einhaltung der Grenzwerte aufzeigt. Wenn die Maßnahmen konkretisiert sind und langfristig wirken, wird man auf kurzfristige Fahrverbote verzichten können."

Weiterbildung in der Arbeitswelt 4.0 entschlossener angehen

Arbeiten 4.0: Die Berufsbilder werden digitaler

Neue Technologien, ganze Berufe im Wandel: Eine aktuelle Studie zeigt, dass dem digitalen Wandel in der Arbeitswelt mit Weiterbildung begegnet werden muss. Arbeitnehmer müssen neue Kenntnisse erwerben, um die Digitalisierung auch beruflich als das zu nutzen, was sie ist: Eine Chance. FDP-Generalsekretärin Nicola Beer fordert mehr Unterstützung für Weiterbildungsmaßnahmen im Zuge der Digitalisierung. "Weiterbildung muss zentrales Thema der Bildungsrepublik Deutschland werden", fordert sie. Auch müsse es darum gehen, "in der Gesellschaft das Bewusstsein für lebenslanges Lernen zu schärfen – und die enormen Chancen aufzuzeigen, die dies bietet".

Die Arbeit werde sich durch die Digitalisierung wandeln, aber sie werde nicht weniger werden, betont Beer. So würden sich die Berufsbilder zwar verändern, zugleich entstünden auch neue Arbeitsplätze. "Deshalb müssen wir als Gesellschaft den digitalen Wandel jetzt durch gute Rahmenbedingungen und Weiterbildung begleiten", erläutert Beer. Lebenslanges Lernen müsse gelebte Realität werden: "So können Aufstiegschancen für alle verbessert und das Risiko von Arbeitslosigkeit vermieden werden. Dadurch wird zudem die Innovationskraft Deutschlands gesichert."

Immer mehr Betriebe unterstützten auch die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter, aber für zwei Drittel der Beschäftigten bleibe hier noch viel zu tun, konstatiert Beer. Deshalb müsse auch die Arbeitsmarktpolitik die berufliche Weiterbildung von Beschäftigten stärker unterstützen. "Lebensarbeitszeitkonten müssen unbürokratischer werden und stärkere Verbreitung finden", schlägt Beer vor. Um alle Bürger unabhängig von ihrer Beschäftigung fortlaufend bei Investitionen in die eigene Weiterbildung zu unterstützen, müsse darüber hinaus ähnlich dem Bausparen ein einfaches und unbürokratisches Modell für Bildungssparen steuerlich gefördert werden.

Hintergrund

In ihrer Studie unter dem Titel "Schöne neue Arbeitswelt 4.0? Was wir tun müssen, damit uns die Arbeit nicht ausgeht" prognostiziert die Boston Consulting Group, dass der digitale Wandel in Deutschland bis 2025 Auswirkungen auf fast acht Millionen Arbeitsplätze haben werde. Dies bedeute aber nicht, dass diese Jobs verschwinden würden, vielmehr rechnen die Experten mit Veränderungen bei den Berufsbildern und den damit verbundenen Tätigkeiten. Sicher sei, "dass ein großer Teil der Beschäftigten neue Kompetenzen benötigen wird, um im Arbeitsmarkt der Zukunft gefragt zu sein", sagt Heinrich Rentmeister, Partner bei Boston Consulting in Berlin.



Für die Grünen ist Marktwirtschaft Teufelszeug

Mischt man Gelb und Grün, ergibt dies Blau – Blau wie das Meer, in dem die Illusion einer Jamaika-Regierung untergegangen ist. Dabei haben die Grünen lautstark bewiesen, dass sie mit ihren Vorstellungen von Politik und Wirtschaft nicht zu den Freien Demokraten passen. "Für die Grünen ist Marktwirtschaft Teufelszeug", beschreibt FDP-Vize Wolfgang Kubicki die politische Haltung der Grünen im Gespräch mit der Neuen Zürcher Zeitung. "Sie würden am liebsten mit dem Ordnungsrecht arbeiten. Ihre politischen Instrumente sind Verbote, Quoten und die Androhung von Strafen."

Dabei ist problemlos zu erkennen, dass die FDP eine diametrale Position dazu besetzt. Der Wohlstand in Deutschland werde durch unternehmerische Kreativität und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft gesichert, erläutert Kubicki. Für ihre Haltung werden die Freien Demokraten seit dem Scheitern der Gespräche von den Grünen beschimpft. "Wir wurden Rechtspopulisten genannt", zählt Kubicki auf. "Es wird uns vorgeworfen, eine Partei der Europagegner zu sein und die Menschenrechte mit Füßen zu treten." Dieser Umgang sei zweifelsohne ein Beleg dafür, dass es ein Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien nie gegeben hat, so der FDP-Vize weiter.



Geschäftsführende Bundesregierung muss professionell agieren

Die ohnehin andauernde Suche nach der nächsten Bundesregierung wird durch neue Verstimmungen zwischen Union und SPD nicht einfacher. Im Phoenix-Tagesgespräch fordert FDP-Generalsekretärin Nicola Beer die geschäftsführende Regierung auf, ihre Brüssel-Strategie intern zu klären. Der Streit nach dem Glyphosat-Ja des CSU-Agrarministers auf EU-Ebene sowie ähnliche Erlebnisse aus den vergangenen Wochen zeigten, dass zügig miteinander gesprochen werden müsse. "Vielleicht setzt man sich im jetzt noch geschäftsführenden Bundeskabinett einfach mal zusammen und klärt, wie man in Brüssel bei den einzigen Punkten gemeinsam abstimmen will", schlägt Beer vor. "Dafür ist eine geschäftsführende Bundesregierung im Amt, und das muss sie machen, wenn sie professionell agieren will."

Mit Blick auf die Frage der künftigen Regierungskonstellation betont Beer, dass die FDP in Sachen Minderheitsregierung bislang überhaupt nicht angesprochen worden sei. Leitsatz der Freien Demokraten ist für sie jedoch klar: "Wir werden eine konstruktive Parlamentsarbeit machen, so wie wir das in den vergangenen Plenarwochen schon gezeigt haben." So wäre es ohne die Freien Demokraten bei der Euro-Stabilisierung nicht zum Irland-Beschluss gekommen, "und die Bundesregierung in Brüssel nicht handlungsfähig gewesen, weil sich die Sozialdemokratie in die Büsche geschlagen hat", gibt sie zu bedenken. Die FDP würde in so einem Szenario entlang ihres Programms konstruktiv von Fall zu Fall entscheiden.







Insgesamt liege es jedoch jetzt an der Kanzlerin und der Union, "jetzt zu entscheiden, auf welchem Weg sie zu stabilen Verhältnissen kommt", so Beer weiter. Sozial- und Christdemokraten müssten miteinander ins Gespräch kommen und in der Zwischenzeit für eine stabile geschäftsführende Regierung sorgen.

Rundschreiben von Karl-Otto Hahn



Kardinalfehler“

So nennt man im Sprachgebrauch elementare Fehler!

Im Zusammenhang mit der Sondierung für eine „Jamaica-Koalition habe ich mindestens 2 solcher Kardinalfehler ausgemacht. Die Bundeskanzlerin als Verhandlungsführer hatte erkannt, dass eine Einigung mit den GRÜNEN besonders problematisch werden könnte. Daher umgarnte sie dieselbe in bisher nicht gekannter Manier und kam ihr programmatisch bis an die Schmerzgrenze der eigenen Klientel entgegen. Das hätte beinahe funktioniert.

Sie hatte nicht damit gerechnet, nach den für sie positiven Erfahrungen mit der FDP bei den Koalitionsverhandlungen 2009, als sich diese mit zahlreichen Versprechen - die später von ihr

nicht eingehalten wurden – in eine Koalition lockte, nun aber eine völlig andere Gangart einschlug.

Man wollte sich nicht erneut über den Tisch ziehen lassen, dieses mal wollte man Fakten, dergestalt, dass man seine Programmatik wieder finden sollte. So spielte sie bewusst oder unbewusst die GRÜNEN und die FDP gegeneinander aus, statt sie zu vereinen. Damit waren die Sondierungen gescheitert! Durch einen Kardinalfehler der Kanzlerin!

Einen weiteren lieferten die beiden kleinen „Möchtegern Koalitionäre.

Sie hätten vor den Sondierungsgesprächen mit der Union eigene Sondierungsgespräche führen müssen. Erst wenn man hierbei auf einen Nenner gekommen, was sehr schwierig gewesen wäre, hätte man geeint und verstärkt der Union in der großen Sondierung Paroli bieten können. Ansonsten hätte man sich dem gezeigten Sondierungs- „Hick-Kack“ unbedingt verweigern müssen. CSU und CSU hatten es doch vorgemacht und vor der Sondierung ihre Reihen geschlossen! Stattdessen gehen FDP und GRÜNE „spinnfeind“ in die Sondierung und wurden damit zum Spielball der Union! So konnte die Sondierung nie erfolgreich enden! Durch einen Kardinalfehler der kleinen Koalitionäre!

Da 3er Koalitionen zur Regel werden könnten, sollte man in Zukunft dies bei den „Kleinen“ beherzigen, denn nur mit geeinten Kräften wird man den dominierenden Parteien mit Erfolg begegnen.

Ich wünsche Ihnen allen eine schöne Adventszeit



FDP-Stadtverband

Vorsitzender Günther Bomm · An der Rothen Mühle 10 · 56170 Bendorf
Fon 02622-4964 · mobil 0177-7 000 918 · Email bomm@fdp-bendorf.de

Bank:

FDP Stadtverband Bendorf · IBAN DE69 5705 0120 0023 0026 86 · SWIFT-BIC MALADE51KOB